die Hinhaltetaktik seiner Zentrumspartei nicht mehr mittragen mochten: Obwohl die Industrie einen Plan für die Endlagerung des Atommülls vorgelegt hatte, verzögerte Fälldin die Betriebsgenehmigung für die Kraftwerke Ringhals drei und Forsmark eins.

Das Atom-Referendum, das die Sozialdemokraten nach dem Harrisburg-Unfall einleiteten, könnte dem im vergangenen Jahr nur mit knapper Mehrheit wiedergewählten Regierungschef politisch den Rest geben: Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sifo wollen 56 Prozent der Wähler am kommenden Sonntag für die atomfreundlichen „Linien" eins und zwei stimmen, aber nur 36 Prozent für Fälldins „Linie" drei. Auf jeden Fall hat sich der Ministerpräsident verpflichtet, das Ergebnis der Volksabstimmung zu respektieren.

So wird der Atomgegner Fälldin am Ende das Atomprogramm der oppositionellen Sozialdemokraten verwirklichen müssen oder womöglich sogar zurücktreten; denn die regierende Koalition ist in der Atomfrage schon jetzt hoffnungslos gespalten — eine neue Chance für Olof Palme?

FRANKREICH

Großes Loch

Eine in Augsburg gefundene Meldekarte von 1944 führt die Franzosen zur Frage: War KPF-Chef Georges Marchais ein Kollaborateur der Nazis?

„Liegt die Zukunft Frankreichs in Augsburger Akten?" fragte der SPIEGEL im Oktober 1977, „ein Satz nur auf einem Zettel, irgendwo verborgen in deutschen Archiven, das könnte reichen, um Frankreich vor KP-Chef Georges Marchais zu retten."

Das war im Jahr vor den Parlamentswahlen, und selten standen die Chancen besser für Kommunisten und Sozialisten, die Macht im Staat zu übernehmen. Um den linken Vormarsch zu stoppen, wurde schon damals nach dem Beweis gesucht, daß Georges Marchais, Führer der KP, in der Tausende im Widerstand gegen die Nazis ihr Leben ließen, ein Kollaborateur der Nazis gewesen sei — was Marchais stets bestritt.

Bei Firmen, in Einwohnermeldeämtern und Rathäusern fahndeten Reporter und Privatdetektive nach jenem Papier, mit dem der drohende Wahlsieg der Linken verhindert werden sollte.

Nun, am vorletzen Sonnabend und zwei Jahre nach den französischen Wahlen, druckte das Pariser Nachrichtenmagazin „l'Express" die Kopie eines deutschen Dokuments und die Behauptung: „Der Beweis der Lüge." Hat nun Marchais tatsächlich gelogen?

Im städtischen Archiv zu Augsburg hatten die Reporter die Karteikarte des Georges Marchais gefunden. Auf ihr waren mit Bleistift zwei Daten eingetragen: „10. 5. 43" und „10. 5. 44".

1944 aber, so hatte Georges Marchais immer wieder behauptet, sei er längst nicht mehr in Deutschland, sondern in Frankreich gewesen. „Das ist unser Watergate-Skandal", befand KPF-Experte Nicolas Tandler, der in seinem eben veröffentlichten Buch „Die unmögliche Biographie des Georges Marchais" wie kein Autor vor ihm die Marchais-Widersprüche aufdeckte. „Das ist der Beweis, der fehlte."

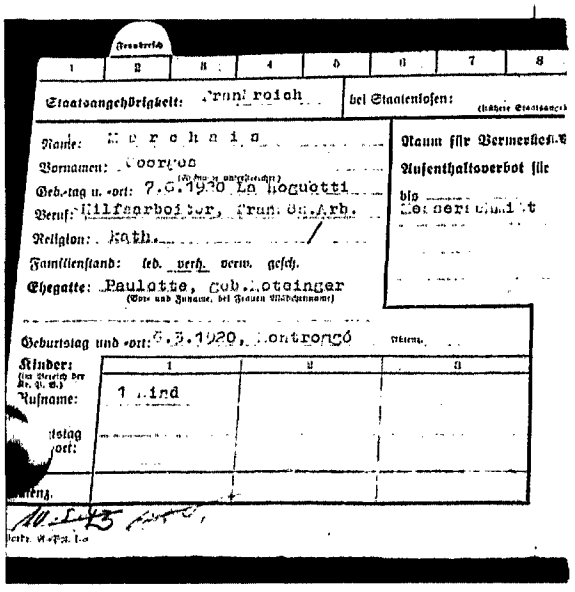
Doch bewiesen ist mit der Augsburger Karte keineswegs, daß Georges Marchais 1944 tatsächlich in Deutschland war. Archivdirektor Wolfram Baer hält die Deutung, Marchais habe sich noch im Mai 1944 in Augsburg aufgehalten, für rein hypothetisch. Der Leiter des Augsburger Einwohnermeldeamtes, Wolfhard Böttcher, hält für möglich, daß es sich bei den Dateneintragungen um Termine für die Wiedervorlage von Akten handelt — Notizen jedenfalls, die über den Verbleib der Person Marchais nichts Schlüssiges aussagen.

Mit der Karteikarte hochgespült wurde darum die Frage, wo sonst Marchais, wenn schon vielleicht nicht in Augsburg, die fragliche Zeit verbracht habe. Und so macht sich Frankreichs Presse wieder auf die Suche „nach den verlorenen Jahren des Generalsekretärs der KP" („Libération").

Noch nie hat Georges Marchais widerspruchsfrei geklärt, wo er vom Mai 1943 bis 1945 gelebt hat. Und auch kein Franzose hat sich bislang gemeldet, der zweifelsfrei belegt: Jawohl, Marchais war in der fraglichen Zeit mit mir zusammen und hat dies oder jenes gemacht.

„Ein Loch von 40 Monaten in einer Biographie", kritisierte der frühere „Le Monde"-Chefredakteur Pierre Viansson-Ponté im Marchais-Kapitel seines Buches „Offener Brief an die Politiker", „das ist viel, besonders, wenn diese 40 Monate mit der Schlacht von Stalingrad beginnen, wenn Sie zu einem Zeitpunkt nach Deutschland fahren, zu dem auch die ersten Deportierten-Züge abfahren, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Pflicht zum Arbeitsdienst noch nicht besteht". Eben hier beginnen die Unterstellungen der Marchais-Gegner, aber auch die Widersprüche des Parteiführers Georges Marchais.

Im Verlauf von vier Jahrzehnten verblassen zweifellos Erinnerungen an Einzelheiten. So ist es eigentlich unwesentlich, ob sich Marchais nach seiner behaupteten Rückkehr „einige Monate" (so seine Erklärung im Fernsehen am Freitag vorletzter Woche) oder nur „fünf, sechs Wochen oder zwei Monate" (so im Rundfunk am vorletzten Sonntag) in Paris aufgehalten habe.


Frankreich

Staatsangehörigkeit: französisch — bei Staatenlosen:

Name: Marchais

Vorname: Georges

Geburtstag u. -ort: 7.6.1920 La Hoguette

Beruf: Hilfsarbeiter, Frau: Arb.

Religion: kath.

Familienstand: led. verh. verw. gesch.

Ehegatte: Paulette, geb. Gotsinger

Geburtstag und -ort: 3.3.1920, Montrouge

Kinder: 1 Kind

Raum für Vermerke

Aufenthaltsverbot für

bis

Marchais-Meldekarte (Ausriß), Marchais: „Ich schlage mich so durch"

Doch ob Marchais 1944 bei Messerschmitt in Süddeutschland gearbeitet oder als Flüchtling in Frankreichs Untergrund gelebt hat, ist wohl keine Frage der Gedächtnisschwäche.

So macht sich Marchais unglaubwürdig, wenn er zuerst behauptet, er sei aus Deutschland geflohen, sich dann aber korrigiert, er sei mit Genehmigung der Deutschen wegen eines Todesfalles in seiner Familie ausgereist.

Die zweite Version bekräftigt seine geschiedene Frau, die vorige Woche in einem Brief an die kommunistische Parteizeitung „l'Humanité" schrieb, sie habe die betreffenden Jahre mit Georges bei dessen Mutter, Freunden und Familienmitgliedern verbracht.

Rätselhaft bleibt aber bei alledem, warum sich der KP-Chef weigert, von sich aus nachweisbar zu erklären, wo und unter welchen Umständen er in diesen zwei Kriegsjahren lebte.

Möglich ist, daß der Parteichef außer einem Strafmandat in Höhe von 60 Franc wegen zu schnellen Fahrens „in keinen einzigen Skandal verwickelt ist" (Marchais).

Nur, so fragen die Franzosen, warum schweigt er dann? Sein Parteiblatt „l'Humanité" hat zwar von „Tausenden von Sympathieerklärungen" für den bedrängten Chef berichtet und auch in einer Schlagzeile „eine neue Zeugen-Aussage" melden können. Doch die besagte lediglich: „Georges Marchais war 1943 in Paris."

Und als gäbe es der Ungereimtheiten noch nicht genug, druckte „Paris-Match" am letzten Donnerstag die Aussage eines Marchais-Bekannten, der ihn im Mai 1945 am Bahnhof von Fresné-la-Mère (Normandie) mit zwei Koffern gesehen haben will. Frage: „Was machst du denn hier?" Angebliche Antwort: „Ich schlage mich so durch, ich mache Schwarzmarkt-Geschäfte."

Als könne er so alle neuen, durch das Augsburger Papier aufgekommenen Zweifel ausräumen, polemisiert Marchais: „Alle Welt weiß doch, daß die Verwaltung in der Bundesrepublik mit ehemaligen Nazis durchsetzt ist."

Wahr ist: Ein Pädagoge einer schwäbischen Kreisstadt suchte 1970 im Einwohnermeldeamt nach Dokumenten über den 1941 in der Augsburger Strafanstalt an der Karmelitergasse umgekommenen Domprediger Adam Birner. Der Rechercheur konnte mehrere hundert Karteikarten sichern. Er übergab sie dem Stadtarchiv.

Eine der Karten war die des „Hilfsarbeiters Marchais, Georges, katholisch. Staatsangehörigkeit: Frankreich".

Der KP-Chef vergangene Woche: „Eine grobe Fälschung." Doch Stadtarchivar Wolfram Baer bleibt fest: „Die Meldekarte ist echt, darüber gibt es keinen Zweifel."

ÖSTERREICH

Nimm dich in acht

Lange hat sich die Regierung Kreisky geweigert, jetzt kauft sie neue Abfangjäger und diskutiert sogar die Anschaffung von Panzerabwehr-Raketen. Die Russen haben schon protestiert.

Die Armee hat das Recht und die Pflicht", so der österreichische Armeekommandant General Emil Spannocchi Anfang vergangener Woche vor dem liberalen Club in Wien, „von der politischen Führung ein Optimum an Waffen zu verlangen."

Statt die Auslassungen des Generals als politische Einmischung abzutun, gab der sozialdemokratische Verteidigungsminister Rösch kleinlaut bei: Auch seine Partei habe in Verteidigungsfragen inzwischen „umgedacht". Das Ergebnis: Die Luftwaffe der Alpenrepublik werde in Kürze mit 24 modernen Abfangjägern vom Typ „Mirage F-1" ausgerüstet — eine alte Forderung der Militärs, die noch im vergangenen Jahr von der Regierung Kreisky aus Kostengründen abgelehnt worden war.

Armee-Kommandant Spannocchi
„Unsere Grenzen ...

Der plötzliche Umschwung kam nicht unerwartet: Schon seit Monaten hatten hohe Militärs wie Spannocchi und der Kommandant der Landesverteidigungsakademie, General Wilhelm Kuntner, die österreichische Öffentlichkeit und die Parteien für ihre Ziele einzuspannen versucht: Aus Sorge um das international angekratzte Image des österreichischen Bundesheeres, aber auch aus Sorge, die Neutralität des Alpenlandes könne im Ernstfall nicht verteidigt werden, hatten sie eine Korrektur der Verteidigungspolitik der Regierung Kreisky verlangt — mit Erfolg.

Die sozialistische Partei, die vor zehn Jahren mit dem Wahlslogan „Sechs Monate sind genug" die Wahl gewonnen und eine Verkürzung der Wehrdienstzeit erzwungen hatte; die Regierung Kreisky, die das Bundesheer angeblich an den Rand der Funktionsunfähigkeit gebracht hatte und notwendige Rüstungsprojekte jahrelang auf die lange Bank geschoben hatte, bewilligten jetzt plötzlich über 500 Millionen Mark zum Ankauf der Mirage-Jäger — fast ein Drittel des gesamten österreichischen Verteidigungshaushaltes.

Schon von 1982 an sollen die neuen überschallschnellen Jäger einsatzbereit sein und dann die 38 veralteten Saab-105 ablösen. Das Fluggerät war die meiste Zeit sowieso nicht einsatzbereit und, wenn es flog, viel zu langsam. Die Saabs konnten kaum einer modernen Verkehrsmaschine folgen. Die Jagdflugzeuge waren dadurch nicht einmal im Frieden in der Lage, den österreichischen Luftraum zu sichern.

Beispiele dafür gab es genug: Allein während der Invasion Moskaus in der ČSSR 1968 verletzten sowjetische Flugzeuge fast hundertmal den österreichischen Luftraum — ohne auch nur ein einziges Mal von der österreichischen Luftwaffe behelligt zu werden. „Unsere Grenzen", so kritisierte schon damals Verteidigungsratsmitglied Gustav Zeillinger den ungesicherten Himmel über der Alpenrepublik, „sind offen wie Scheunentore."

Das soll jetzt anders werden, nicht nur im Luftraum. Geht es nach den Generalen, dann wird auch das Bundesheer wirksamere Waffen erhalten. Um die Kampfkraft ihrer 38 000-

... sind offen wie Scheunentore": **Soldaten im Manöver mit Panzer-Abwehrkanone**